

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimaliger  
Anstellung 1.20 Mark, vierteljährlich  
3.60 Mark, durch die Post 5.00 Mark  
ausgeschlossen Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen. Im amt-  
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter  
„Halle-Zeitung“ eingetragen. Für an-  
wesenheit eines eigenen Abonnenten  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellenangabe  
„Halle-Zeitung“ gestattet.  
Gemeinliche Expedition Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Halle-Beitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die halbpalmen Sonntagszeitung  
oder deren Raum mit 30 Pf. berech-  
net und in ansehnlichen Anzeigen-  
stellen und allen Anzeigen-Verträgen an-  
genommen. Reklamen die Seite 1 Mtz.  
Schluss der Anzeigenannahme  
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-  
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-  
gen von Anzeigenaufträgen, soweit  
solche zulässig sind, müssen schriftlich  
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.  
Ersteinst täglich zwischen  
Sonntags einmal  
Schneidung und Haupt-Verwaltung  
Halle: Halle, Dr. Bauhausstraße 17.  
Redaktions-Verwaltung Halle Nr. 24.

Nr. 332.

Halle, Mittwoch, den 18. Juli

1917.

Höhen östlich von Nowica genommen.

Was nun?

Es wäre ein merkwürdiges Fazit der Kanzlerkrisis,  
wenn Herr Dr. Michaelis, wie Politiker und Journalisten  
jetzt wissen wollen, am Donnerstag mit unbestimmten,  
allgemeinen Erklärungen über Kriegsziele und  
Verfallungsregeln an die Öffentlichkeit treten würde.  
Sollte das beabsichtigt sein und man dann, wie befohlen,  
den Reichstag bis zum 20. September vertagen, dann wäre  
die Situation nicht besser, sondern weit-  
schlimmer geworden als vorher, dann wäre es  
höher weit richtiger gewesen, Herr v. Bethmann hätte die  
Gesichte des Reiches weiter geführt. Denn — waren wir  
auch von der ägernden Art des fünften Kanzlers nicht er-  
baut — so könnten wir doch in der inneren wie in der  
äußeren Politik fest Ziel und Richtung. Die kennen wir  
bei Herrn Dr. Michaelis nicht. Wenn er  
wird ein Anzeichen, dann wird man im Inland und Ausland  
berühmt für sich sein und seine Partei gewinnen. Weder  
die Mehrheit noch die Minderheit wird befristet sein und  
nun vertrauensvoll mit dem neuen Kanzler arbeiten. Das  
die Wirkung einer Friedenszielklärung, wie sie die  
Mehrheitsparteien befohlen haben, auf das  
Ausland nicht groß sein wird, zeigt bereits das Echo  
der Auslandspresse, zeigen auch zuverlässige Nachrichten aus  
uns wichtigen neutralen Ländern. Man sagt  
wie wir vorausgehen — diese Erklärung, noch ehe sie  
abgegeben worden ist, als Zeichen der Schwäche auf.  
Ihre Wirkung muß aber gänzlich verfallen, wenn Dr.  
Michaelis eine indifferente Regierungserklärung dazu ab-  
gibt.

Wir haben auch gesehen, daß man schon jetzt den Kanzlers-  
wechsel im Sinne eines Gegenstückes zwischen Volk und Re-  
gierung in den uns feindlichen Ländern zu deuten unter-  
nimmt. Wenn der Reichstag eine nichtige Erklärung  
eingekommen, dann wird man diese Taktik in der feind-  
lichen Presse erst recht mit Erfolg verfolgen können und dar-  
mit dort die Beharrlichkeit stärken. Das läßt erkennen, wie  
gefährlich jetzt alle Halbtöne sein können. Die Schonzeit,  
die man in ruhigen Zeiten einem neuen Mann auf neuem  
Posten ohne weiteres zugeben kann, ist jetzt nicht am  
Anfang. Wer jetzt den Kanzlerposten übernimmt, mußte wissen,  
was er wollte; mußte mit einem festen außen- und innen-  
politischen Programm vor die Öffentlichkeit treten. Und  
er mußte in beiden Fragen eine feste Mehrheit hinter  
sich haben, auch die Mitarbeiter gewährt haben, die auf  
Grund seines Programms mit ihm zusammen arbeiten  
wollen. Es macht noch innen und außen den übelsten Ein-  
druck, wenn gar nicht seine Partei weiß, was sie von dem  
neuen Kanzler zu erwarten hat, und es macht den übelsten  
Eindruck, wenn man jetzt nach keinen Mitarbeitern sucht, in  
der Öffentlichkeit heranzieht, Kritik an den Genannten übt  
und nicht zum Ziel kommt. Es geht doch nicht an, daß man  
diese Mitarbeiter nur als Reservekräfte ansieht, die ein-  
tägig überwiegenes Penium zu erledigen haben, gleichgültig,  
wie sie selbst darüber denken.

Alle diese Unfruchtbarkeiten aber ermahnen uns der  
Zweckmäßigkeit des Systems bei uns. Man lehnt in der  
nationalliberalen Partei und anscheinend jetzt auch im  
Zentrum den Übergang zum parlamentarischen System ab.  
Die „Germania“ schreibt in Uebereinstimmung mit Aus-  
führungen der „Kölnischen Zeitung“:

Wir können uns eigentlich nicht gut vorstellen, der  
„Vorwärts“ habe alles Entschlossen, das parla-  
mentarische Regierungssystem, d. h. die volle  
Abhängigkeit der Regierung vom Parlament, die in einer  
solchen vorherigen Fühlungsnahme liegen würde, werde  
unserer Demokratie in diesen Tagen wie  
eine reife Frucht in den Schoß fallen, denn  
für dieses Regierungssystem ist im Reichstag selbst  
nicht einmal eine Mehrheit vorhanden.  
Die Rechte lehnt nicht entschieden ab, als eine solche  
Veränderung unserer politischen Zustände. Die Ratio-  
nalliberalen haben noch vor zwei Tagen erneut durch  
die parlamentarische „Nationalist. Anz.“ erklären lassen,  
daß sie die engere Fühlungsnahme zwischen Re-  
gierung und Parlament sich anders denken. Und  
für das Zentrum haben wir immer wieder betont,  
daß es an eine Einführung des parlamentarischen  
Regimes nicht denkt, eine Auslegung  
der Bestimmungen der Fraktion, die durch die Zulassung  
anzukommenden Zentrumstreifen in unserem Abendblatt  
vollinhaltlich bekräftigt worden ist. Das Zentrum wünscht  
jedoch die Verlegung von Parlamentarismus in die Re-  
gierung in dem Sinne, daß ein würdiger Mann nicht durch  
von der Regierung ausgeschlossen bleiben soll, weil er  
Parlamentarier ist. Auf diesen Boden wird sich abwärts  
unter den augenblicklich gegebenen Verhältnissen selbst  
nach demokratischen Grundgesetzen, auf die Regierung des  
Herrn Dr. Michaelis zu stellen haben.“

Diesem, die immer noch die Parlamentarisierung  
ablehnen, magen sich annehmend die Konsequenzen nicht  
klar. Sie glauben, daß sich neben der Betonung des Volkes

Ämtlicher Bericht der Heeresleitung.

W.F.B. Großes Hauptquartier, 18. Juli.

Westlicher Kriegsausflug.  
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Der Artilleriekampf in Flandern war an der Spitze  
stark; von der Seite bis zur Duse hat er sich gegen die Vortage  
erheblich gesteigert.  
Zwischen Solbellek und Warneton sind englische Erkun-  
dungsvorläufe im Aufstapf abgeschlagen worden.  
Am La Bassée-Kanal, bei Voos und Lens,  
sowie auf beiden Ufern der Scarpe war das Feuer in den  
Uferbänken lebhaft. Bei Einbruch der Dunkelheit griffen  
die Engländer nördlich der Scarpe — Cambrai  
an; sie wurden bis auf eine schmale Einbaugasse westlich  
des Bois-du-Beret zurückgeworfen. Heute morgen  
wurde ein englisches Bataillon, das nördlich Fresnoy  
vorging, durch Feuer vertrieben.  
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.  
Längs der Wiese und in der Champagne blieb bei  
trübem Wetter die Feuerstätigkeit meist gering.  
Auf dem linken Maasser wurde tagsüber ge-  
kämpft. Nach beschuldiger stärkerer Artilleriewirkung  
griffen die Franzosen in 5 km. Breite vom Avocourt-  
Wald bis zum Grunde westlich des Toten Mannes  
an. An der Südkante des Waldes von Malancourt und  
südwestlich der Straße Malancourt — Esmes drangen sie nach  
erhöhtem Kampf in die von uns kürzlich hart gewonnenen  
Gräben; in diesen sind sie zurückgeworfen worden. In  
abends erneut vorrückendem Angriff wurde der Feind seinen  
Gewinn zu ermitteln; dieser Angriff brach ohne Erfolg ab-  
schließend zusammen.

Deftlich der Maas war das Feuer lebhafter als sonst.  
Heeresgruppe Herzog Albrecht.  
Keine wesentlichen Ereignisse.  
Westlicher Kriegsausflug.  
Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.  
Erhöhte Gefechtsstätigkeit herrschte bei Riga sowie süd-  
lich von Dünaburg und Smorgon.  
In Dvigajen war das Feuer bei Vorgegang stark.  
Im Karapach wurden nach dem gemeinsamen Angriff  
dauerrückende und kroatische Truppen die von den  
Russen sich verteidigten Höhen östlich von Nowica und  
wiegen in den erreichten Stellungen russische Gegen-  
angriffe ab.  
Auch an anderen Stellen der Donnic-Linie  
wurden die Russen in östlichen Kämpfen zurückgedrängt.  
An der  
Front des Generaloberst Erzherzog Joseph  
und bei der  
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madenjen  
ist ein allmähliches Anhalten der Feuerstätigkeit, besonders  
zu beiden Seiten des Siska-Tales und längs Putna und  
Serech, bemerkbar.  
Mazedonische Front.  
Nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Wieder 23000 Tonnen.

Berlin, 18. Juli. Ämtlich.  
Neue U-Boots-Erfolge im Englischen Kanal.  
23 000 Briten-Regier-Tonnen.

Unter den versenkten Schiffen befinden sich drei bewas-  
serte tief geladene Dampfer von denen einer Munition ge-  
laden hatte und in 5 Sekunden nach dem Torpedotreffer in  
die Luft stieg, ferner ein bewaffneter Hiesgladener großer  
Landdampfer, der aus einem kurz geschwundenen Seileisen  
herausgeschossen wurde.

Der Stief des Admirals des Matins.

W.F.B. Bern, 17. Juli. „Progrès de Evon“ meldet aus  
Toulon: 19 Ueberlebende der belgischen Dampfers „Chaire“  
(1157 T. Reg.-T.), der am 12. Juli 250 Meilen vor Bone  
von einem deutschen U-Boot versenkt wurde, trafen in  
Toulon ein. Der Dampfer war von Saloniki nach Marseille  
mit Eisenerz unterwegs. Die Besatzung war griechischer, der  
Kapitän und der zweite Offizier belgischer Nationalität. An  
Bord befanden sich ferner französische Matrosen zur Be-  
dienung der Gefechts sowie einige Passagiere. Das Schiff  
versank in 30 Sekunden. Die Rettung war sehr schwierig.  
26 Personen sind umgekommen.

W.F.B. Amsterdam, 17. Juli. Die Niederl. Tel.-Agentur  
meldet aus Amstuden: Der holländische Schoner „Zimo“  
wurde auf der Reise von London nach Rotterdam versenkt.  
T. U. Amsterdam, 17. Juli. Aus Terhelling wird ge-  
meldet: Der deutsche Dampfer „Wagaria“, beladen mit  
Rohs von Rotterdam nach Geste, ist heute morgen bei Geste  
gestrandet, aber durch das Rettungsboot „Vranbanis“  
wieder flott gemacht worden. Der Dampfer hat seine Reise  
fortgesetzt.

willens in einzelnen Fragen immer noch eine „Obri-  
gungsregierung“ halten läßt. Das aber ist ein funda-  
mentaler Irrtum. Wenn Volkswille und Regierungswille  
sich nicht decken, wird sich heute schon eine Regierung in  
Deutschland nicht mehr halten können. Das Parlament kann  
auch jede Regierung, die sich mit seiner Mehrheit in Wider-  
spruch setzt, stürzen. Das aber ist doch wirklich nicht die Auf-  
gabe und der Zweck einer Volksvertretung, sondern die  
Arbeit am Staatsganzen. Diesen Zweck aber kann man nicht  
durch Negation, sondern nur durch positive Mittel erreichen.  
Gewiß, eine Mehrheit, die sich für eine bestimmte Einzel-  
forderung einsetzt, kann die Regierung immer wieder stürzen,  
bis sich ein Staatsmann findet, der die Forderung durch-  
führt. Aber dann müssen in jeder Eingestrigte Re-  
gierungsgestaltung stehen. Man wird diese Kräfte  
auch nicht durch die Aufnahme eines oder des  
anderen hervorragenden Parlamentarier  
verändern, denn er wird in einem Kabinett bedeutungs-  
los bleiben, dessen Berufung und Verbleiben im Amt nicht  
von der Befragung des Volkswillens abhängt. Nur wenn  
man der Reichstagsmehrheit die volle Ver-  
antwortung für die Regierungsbildung über-  
trägt, wird sie zu positiver Arbeit gezwungen.  
D.

Auslandsstimmen zum Kanzlerwechsel.

Sofia, 17. Juli. (Meldung der Bulgarischen Tele-  
graphen-Agentur.) Die Wähler würden dem Wechsel im  
deutschen Reichstagskabinett ausföhrliche Besprechung, wo-  
bei sie eben Bedauern über das Scheitern v. Bethmann Holl-  
wegs Ausdruck geben. Sie heben gleichzeitig die hohen  
Fähigkeiten und Verdienste des neuen Reichskanzlers hervor,  
besonders im Programm darin bestellend, die nationale Energie zu  
steigern, damit der Kampf mit erneuter Kraft bis zum glück-  
lichen Ende weitergeführt werden könne. Die Wähler be-  
tonen, daß die Persönlichkeit des Reichskanzlers und seiner  
Mitarbeiter eine untergeordnete Rolle spiele, daß es sich in  
Wahrheit um den tieferen Umwälzung handle, bezüglich  
dessen das kaiserliche Handschreiben betreffend die Wahl-  
reform in Preußen klar die Richtung angebe, in der die  
inneren Angelegenheiten Deutschlands ihren Weg nehmen.

Bonn, 17. Juli. „Reich Journal“ sagt: Der Kaiser kann  
ernennen, wenn er will, das Schicksal hängt aber nicht mehr  
von ihm, seinen Prinzipien und den Herrführern ab, sondern  
von der Entente.

Nach vor Eintreffen der Nachricht von der Ernennung  
Dr. Michaelis schreibt „Echo de Paris“, nur das Ge-  
fühl des Sieges könnte die Einigung zwischen Regierung  
und Volk in Deutschland wiederherstellen. Deutschland aber  
sei von Zweifeln befallen. Bethmann sei durch Konzeptionen  
vom parlamentarischen Gesichtspunkte aus im Begriffe ge-  
wesen, das Bestehen der deutschen Zweifel amtlich zuzu-  
geben. Daher rühre der Widerspruch der militärischen, konser-  
vativen, alldeutschen Reaktion.

Es sei fast wahrscheinlich, daß Hindenburg und Luden-  
dorff das Vertrauen bei den Reichstagsabgeordneten wieder-  
herstellen könnten. Deutschland zünde, und wenn es Hin-  
denburg und seinen Ratshüligen blind folge, werde es aus  
dem Reichslands ins Verzugswesen fallen. Die moralische Einig-  
keit Deutschlands sei gefährdet.

Excelstor erklärt, die Konserwativen und die Un-  
versöhnlichen haben die Reaktion verurteilt. Bemerkenswert  
sei, daß die erste Nachricht von dem Rücktritt Bethmanns  
in einem reaktionären Blatt erschienen sei.

In der „Humanité“ sagt Renaudel, es sei offen-  
sichtlich, daß man in Deutschland die Hoffnung auf einen  
unblutigen Sieg verloren habe.

„Journal du Peuple“ erklärt, das deutsche Volk  
wolle Reformen und Frieden. Die Liberalen und Sozial-  
isten hätten große Verantwortlichkeit an der Krise, die sie  
herbeigeführt hätten. Sie sollten abtreten, es genüge nicht,  
den Mann zu wechseln, man müsse die Politik wechseln.

Bern, 16. Juli. Barenne erklärt in „Le Cour-  
ier“ Bethmann Hollweg war ein Kriegskanzler. Er muß in  
dem Augenblick gehen, wo Deutschland den Frieden braucht.  
Was macht dabei, daß er von der ganzen Wunde der Finster-  
niederkunft der wenigst Schuldige ist. Er hatte im Innern  
nicht mehr den genügenden Kredit, um den Kaiser gegen die  
Forderungen seines Volkes zu schützen. Gegenüber dem  
Kaisertum konnte er Deutschland gegen die von der ganzen  
Welt erhobenen Vorwürfe nicht mehr verteidigen. Wer sich  
in seinem Blau zeigt, wird oft das Schicksal seines Vor-  
gänger beneiden.

Barenne erklärt, eines sei sicher: Deutschland stehe  
am Vorabend des Bankrotts und suche einen Konfuzer-  
waller. Frankreich könne sich freuen über das, was in  
Berlin vorgehe.

## Die Kandidaten.

Als die Berufung Dr. Michaels' auf den Posten des Reichsanwalters bekannt wurde, hielt man es für selbstverständlich, daß die Ernennung des neuen Staatssekretärs des Innwärtigen unmittelbar folgen werde. Man glaubte auch seinen Namen zu wissen: denn als Nachfolger Zimmermanns wurde Graf Brodowski-Mantau, bisher Gelehrter in Spenhagen, mit großer Sicherheit genannt. Man wußte und weiß nicht viel von ihm; aber an solche Erscheinung verfehlter Bilder sind wir gewöhnt. Da kam, noch überraschender, die Nachricht, daß die Kandidatur des Grafen ausfalle. Der Reichstag, dessen Mehrheitsparteien gerade anfangen, betreten darüber nachzudenken, weshalb sie eigennein . . . theoretischen Frage: Wen sollen wir uns für den Kanzler halten? Haben sich vor einer als Auswärtigen mündigen? Der Streit über die Nachfolge Zimmermanns hat insofern eine gewisse Tragikomik, als weder Meinung noch Ablehnung der Parteien am Ergebnis vermutlich etwas ändern wird. Das ganze erinnert ein wenig an die Identischen sogenannten Veshallen-Wahlen, die nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen werden, obwohl gerade die Politik auch die Auswärtigen des Reichstages sorgsam seinen Einfluß haben soll. Man dachte Verneinung und Dinge. Den einen empfahlen seine Freunde mit dem Hinweis auf amerikanische Sympathien, dem anderen warfen seine Gegner vor, seine russische Vergangenheit sei antirussisch, behaftet. Außerhalb dieses seltsamen Streites aber glaubte die Mehrzahl der Beurteiler beiden Herren Tischfakt, Vertrautheit mit dem Ausland, Selbstständigkeit des politischen Denkens und wissenschaftliche Eigenschaften des Charakters nachrücken zu können.

Soweit war es, als plötzlich die Kandidatur eines Totgegangenen an die erste Stelle rückt. Herr Helfferich, ehemaliger Finanzsekretär, bisheriger Staatssekretär des deutschen und Zukunftsminister des eigenen Innern wird uns als Zimmermanns Nachfolger genannt. Man kann wohl nicht leugnen, daß bei Nennung dieses Mannes durch das deutsche Volk sofort nicht ganz bezichtigt hat, ein tiefes Erschrecken geht. Herr Helfferich war ein tüchtiger Kenner der Wirtschaftspraxis; ein Politiker ist er schon darum nicht, weil er es niemals hat — sein wollen. Ein Bürokrat aus eigener Wahl, selbst heimliche Geschäftigkeit hat jedem wirtschaftlich oder bürgerlichen Willensgang bewährter Einrichtungen anpaßt; ein zum Emporsteigen entschlossener bei den Reichstag die nicht h. behandelte. Als Staatssekretär des Reichsfinanzamtes hat Helfferich nach innen eine Steuerreform eingebracht, die durch ihre Zweckmäßigkeit verschafft und von der nicht allzu viel übrig blieb — dafür stellte er nach außen hin Forderungen in einer Form, die jedes Verhandeln mit den Gegnern unnütz erschweren würde. Seine Ruf als statischer Sachmann setzte er in beschränkter Voraussetzungen aufs Spiel. Was kam das Reich von ihm, der weder ein „Stärker“ nach ein Verhandlungsgeschickler ist, erwarten?

## Der Kanzler und die Kriegszielresolution.

Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich aus Berlin berichten: Gegenüber der sich jetzt geltend machenden Verlangen gewisser unerschlossener Kreise, den Reichstag in den Kriegszielfragen von einer klaren Stellungnahme abzurufen und sich mit einer allgemeinen Zustimmung nach der Rede des neuen Reichsanwalters zu begnügen, ist es nicht selbstverständlich, daß die Führer der Mehrheitsparteien nach wie vor entschlossen sind, im Anschluß an die Rede des Reichsanwalters Dr. Michaels' und die politische Debatte die von ihnen vereinbarte Kriegszielresolution zur Zustimmung zu bringen. Wenn bei den Mehrheitsparteien auch angenommen wird, daß sich die Ausführungen des Reichsanwalters dem Sinne nach mit den Forderungen der Mehrheitsparteien decken werden, so halten sie es doch für unumgänglich notwendig, daß auch das deutsche Volk durch seine Wahlvertretung klar und deutlich zu erkennen gibt, wie es zu der Kriegszielfrage steht.

Berlin, 17. Juli. (Priv.-Tel.) Bemerkenswert ist eine Aeußerung der „Germania“ über die Kriegszielresolution, in der es heißt:

Die von den Parteien der Mitte und der Linken vereinbarte Entschliessung ist am Spätabend des Samstag durch das offizielle Wärfische Telegrammbureau bekanntgegeben worden. Daraus darf man wohl den Schluß ziehen, daß in dieser Angelegenheit eine Einigung zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit, der hier bekanntlich die ganze Linke im Gegensatz zur Rechten gehört, erzielt ist. Herr Dr. Michaels' muß sich demnach bereit gefunden haben, auf den Boden dieser Entschliessung zu treten, wie das Herr v. Bethmann-Hollweg auch bereit zu tun gewiesen war. Seine Verhörung mit den Fraktionsvertretern der Rechten, die erst am Sonntag stattfanden, konnten demnach in dieser Beziehung nur von einer vollendeten Tatsache ausgeben, und es dürfte sich höchstens darum gehandelt haben, ob nicht doch wenigstens ein Teil der Rechten unter den veränderten Verhältnissen für ein größeres Entgegenkommen bereitfinden lassen würde. Ob und wie weit das gelungen sein wird, läßt sich vielleicht erst am Tage der Entscheidung in der Reichstags-Sitzung erkennen, in der die Mehrheitsentschliessung über Deutschlands Kriegsziele zur Erörterung und Zustimmung kommen wird.

Das Zentrumsgremium schließlich, die beiden Karthausfragen, die nach Bethmanns Rücktritt zu lösen bleiben, die der Kriegszielresolution und der engeren Fälligkeit zwischen Regierung und Partei müssen erfüllt geklärt sein, bevor sich der neue Herr darüber werden schlichtig machen können, wie weit noch persönliche Aenderungen in den höchsten Kreisen des Reiches angebracht und notwendig erscheinen. Man mußte auch zugeben, daß das Moment der Einarbeitung des neuen Kanzlers in die laufenden Geschäfte, denen es doch bisher als pressenrechtlicher Kommissar für das Ernährungsministerium ferngeblieben habe, bei den Personalvereinbarungen Berücksichtigung verdienen.

## Tripf gegen die Friedensziel-Erklärung.

Wie der „Deutsche Kurier“ meldet, hat Großambital b. Tripf an den Führer der nationalliberalen Partei, Reichstagsabgeordneten Wassermann, die folgende Drahtung gerichtet:

Zu meiner Freude ersehe ich aus den Zeitungen, daß die nationalliberale Partei, getreu ihren Extraditionen, die Friedensresolution ablehnt, die nach innen und außen verberlich und tatsächlich selbst dann verkehrt ist, wenn wir einen entschließungslosen Frieden erleben müßten; gerade dann müßten wir umgekehrt verfahren. Wir brauchen einen solchen Frieden aber durchaus nicht zu erstreben und dürfen es nicht, sondern müssen uns zu der Zuerstficht halten, die in den Aeußerungen des Feldmarschalls v. Hindenburg zum Ausdruck gelangt ist. Weder vorhergehende Verhandlungen der Ernährungsfragen noch Sorgen für später in dieser Beziehung dürfen uns jetzt veranlassen, die Reihen zu verlieren und nach einem Frieden zu greifen, der unsere Zukunft und ganz besonders die unserer Arbeiterklasse gefährdet. Denn die unbeeirrte zähe Fortführung des U-Boot-Krieges wird uns zwar nicht heute oder morgen, aber sicher und rechtzeitig den Erfolg bringen.

Im Übrigen an unsere langjährige gemeinsame Arbeit für die dem deutschen Volk durch seinen Kaiser gemessenen Ziele richte ich an Sie, verehrter Herr Wassermann, den Appell, alles aufzubieten, um die Resolution zu verhindern. v. Tripf.

## Die Friedensentschließung

Ist jetzt von den sogenannten Mehrheitsparteien im Reichstages unter dem 17. Juli eingebracht worden und liegt nunmehr auch unter Nr. 993 der Drucksachen gedruckt vor. Sie ist als Resolution zur zweiten Beratung des Reichstages über die Kriegsziele gestellt. Ihr Wortlaut ist unseren Lesern aus der Wiedergabe in unserer Sonntagsausgabe bekannt. Die Entschliessung dessen folgende 15 Abgeordnete mit ihrem Namen; von den Sozialdemokraten Dr. David, Ebert, Wolfenbutter, Seidelmann und Dr. Süßmann, von der Fortschrittlichen Volkspartei Fischel, Gothein, Hausmann, Dr. Müller (Weinigen) und v. Payer und vom Zentrum Erbeberger, Jendebach, Hauf (Elsäß-Vorbrüngerische Zentrumspartei), Dr. Wanger (Kaufbeuren) und Müller (Guda). Es sind an der Einbringung also nur Mitglieder der 8 Fraktionen der Sozialdemokratischen, Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums beteiligt, von Mitgliedern der „eutschen Partei und den Nationalliberalen niemand. Ob von den drei genannten Parteien sämtliche Mitglieder geschlossen auf den Boden dieser Entschliessung treten, erhebt sich keineswegs sicher. Nach der Fraktionsliste vom 24. Februar würden es bei Fraktionsumfang 89 Sozialdemokraten, 4 Volksparteiler, 91 Zentrumsmänner und vielleicht die sechs Mitglieder des elässischen Zentrums sein, zusammen also 221 Reichstoten. Ob diese kleine Mehrheit aus anderen Parteien, zum Beispiel von den Liberalen, Vorläufige ist es so, als ob selbst die 18 Voten und die 2 Votierungen sich nicht für diese Resolution begeistern, allerdings wohl nicht aus den gleichen Gründen wie die restierenden Parteien. Zu den 21 wurde vermutlich der Reichstagspräsident Dr. Kaempf hinzukommen, der als Präsident nach altem Brauch aus seiner Partei, der Fortschrittlichen Volkspartei, ausgetreten ist. Ob auch der Däne Hansen, dessen nach Berlin kommen würde, steht dahin; ebenso ist es mit dem Christlich-sozialen Arbeiterführer Behrens. Enggültig beschließen die Fraktionen am Donnerstag vormittag vor der Plenarsitzung über ihre Stellungnahme und die Behandlung der Resolution.

Die Friedensresolution wird am Donnerstag eingebracht. Berlin, 18. Juli. Wie das „B. T.“ meldet, habe der Verhandlungsausschuß der Mehrheitspartei des Reichstages nach einer neuen Beratung am Dienstag mittig einstimmig beschloßen, die Resolution einzubringen. — Nach dem „B. T.“ sei ein einmütiger Beschluß der Parteien über die Entschliessung zur Resolution und die Behandlung derselben erst am Donnerstag vormittag zu erwarten. — Nach der „Voll. Ztg.“ würden die Reichstagsparteien, die sich auf die Friedensresolution geeinigt haben, unbekannt der Haltung des neuen Reichsanwalters, vorläufig darauf bestehen, daß über die Resolution schon am Donnerstag abgestimmt würde.

## Der Hauptauschuß und der Verfassungsausschuß des Reichstages

werden im jetzigen Tagungsabschnitt keine Sitzung mehr abhalten. Der Hauptauschuß hält es nach dem Kanzlerbescheid nicht für opportun, mit dem neuen Reichsanwalters hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, sondern für richtig, daß der Reichsanwalters zunächst in der Öffentlichkeit sein Programm entwickelt, was ja am Donnerstag geschehen wird. Der Verfassungsausschuß hat überdies das Recht, jederzeit, auch während der Vertagung zusammenzutreten und wird nach diesem Rechte, wenn die Notwendigkeit vorliegt, Gebrauch machen. Man ist im Verfassungsausschuß übereingekommen, sich auch für die Zustimmung zur Resolution und die Behandlung derselben im September, jederzeit präsent zu halten.

Im Verfassungsausschuß müssen, da durch den Wahlrechtserlaß die geplante Rundgebung des Ausschusses in bezug auf das Wahlrecht in den Bundesstaaten in der Hauptfrage gegenstandslos geworden ist, neue Arbeiten vorbereitet werden. Eine Subkommission des Verfassungsausschusses wird deshalb für die neuen Reichstagsstapung im September, die für die Umgestaltung der Reichsverfassung notwendigen Vorarbeiten erledigen. Die Frage der Verfassungsreform muß in der Sache bleiben, so daß der Reichstag spätestens beim Wiederzusammentritt in dieser Beziehung eine gewisse Bahn vor sich sieht.

## Von der Westfront.

200 000 Mann englische Verluste.

Dem „Britische Tagesanzeiger“ wird der „Südbösischen Korrespondenz“ zufolge gemeldet: Die Kämpfe während der Monate Mai und Juni haben der englischen Armee die Verluste von 200 000 Mann zugeführt.

Die Opfer der französischen Armee während derselben Zeit sind nicht festzustellen. Sie wurden in der Kammer als 100 000 bezichtigt und waren die Ursachen zur Krisis der letzten Zeit.

## Der Vorsitzende des Rekrutierungsamtes Munitionsarbeiter?

Am 17. Juli. Als Beweis für die ungeschickte Geschäftsführung des Rekrutierungsamtes wurde im Unterhauses die Taktik angegriffen, daß der Vorsitzende des Amtsbaukes am 2. Juli amtlich angefordert wurde, sich zu melden, um seine Befähigung als Munitionsarbeiter mit einer Befolgung von 4 Schichten täglich anzutreten.

## Die Zwecklosigkeit eines deutschen Friedensangebots vor Deutschlands Vernichtung.

Das Blatt „Lloyd Georges“, „Ball Wall Gazette“, schreibt am 9. Juli: Wenn wir die Lage recht bedenken, so will Deutschland ein neues Friedensangebot machen, ehe die Verbündeten erneut die Verbündeten Deutschlands offensiv machen können. Aber erst, wenn die deutsche Niederlage auf der ganzen Linie klar geworden ist, können wir jenes Schauspiel einer Demotivierung Deutschlands ohne Mühen betrachten. Solange die Deutschen nicht durch den Verband geschmettert sind, dürfen wir Deutschlands politischen Kommissar keine so große Bedeutung beilegen. Gibt es eine vernünftigerer Antwort auf die Kriegs- und Friedensresolution der Reichstagsmehrheit?

## Gaza: eine englische Niederlage.

Ein nachträgliches Eingeständnis der englischen Niederlage bei Gaza enthält der Londoner „Observer“, der am 8. Juli schreibt: Nachdem Sir Edmund Allenby in Ägypten seine neue Stellung angetreten hat, ist amtliche Aufklärung über die Ursache von Sir Archibald Murray's Niederlage durch ihn nötig. Ein Murray Bericht wurde die Schlacht bei Gaza als ein Sieg gefeiert; man muß aber wissen, daß sie es nicht war. General Dobell griff Gaza an und es gelang ihm nicht durchzugehen. Gerüchte, die sich auf Privatnachrichten stützen, besagen, daß bei hartnäckigeren Anstrengungen oder früherer Leistung Gaza in unsere Hände gefallen sein würde, und daß die Wasser- und Versorgungsleitungen hätten vorhergehenden werden müssen. Wir bedürfen einer amtlichen Aufklärung, damit das, was bis jetzt mit dem Scheitern des Geheimnisses umgeben ist, klargestellt wird. Von wem wurde der Rückzug bei Gaza angeordnet, und war er notwendig? In sich selbst war es das Eingeständnis einer Niederlage und diese Tatsache bemängeln zu wollen, daß wir siegreich waren, wo wir es nicht waren.

## Herb über das Mäßigen der Selbstabveroffenbarung.

Berlin, 16. Juli. „Herb“ schreibt über die Ursachen des Mäßigen der Selbstabveroffenbarung in der „Vollz.“: Unter Hauptfehler scheint gewesen zu sein, daß wir den Feind gerade an der Stelle seiner Front angreifen haben, welche ihm die gewaltigste natürliche Verteidigung bot. Der Höhenrücken von Gromme bildete eine furchtbare Stellung; sie verheerliche von allen Seiten aus unsere Linien; die Deutschen konnten von ihr aus leicht unsere Vorbereitungen beobachten. Diese Stellung war umso gewaltiger, als die Deutschen, welche bekanntlich die ersten Geschützschüsse der Welt sind, bemittelt elektrischer Beobachter Höhen von 25 bis 30 Meter Höhe angelegt hatten, in denen ihre Truppen Schuß vor unsern schwereren Kanonen hatten. Auch wurden dort ihre Beobachtungswächter bis zum Herannahen unserer Angriffswachen verborgen gehalten. Hierzu kamen noch andere unglückliche Momente. Bei reaktionärer Wetter waren die Engländer immerdar. Den Fliegern war es unmöglich, das präzise Einschleichen der Artillerie zu leisten. Außerdem fiel die Offensiv unglücklichweise mit einer Krise in unsern Flugwesen zusammen. Am 1. Juli 1918 an der Sonne hatten wir die Lebzigkeit in der Luft, am 16. April 1917 scheiterte die Deutschen sie besitzen zu haben. Ein weiterer unglücklicher Umstand bestand darin, daß die Deutschen sich infolge der russischen Revolution eingetretene Lähmung an der Front zu nutzen machen und einen Teil ihrer besten Divisionen an unsere Front bringen konnten.

## Schwere französische Fliegerverluste.

„Gazette“ berichtet aus Paris: Nach einem Telegramm des „Journal“ ist der französische Flieger Octave Lapize im Verlaufe eines Luftkampfes, den vier französische Flugzeuge gegen neun deutsche Apparate zu bestehen hatten, gefallen. Der französische Militärflieger Zauda ist auf dem Flugplatz von Beau zu Tode gestürzt, ferner der Militärflieger Marchand, als er mit einem Seeflugzeug eines Flug unternahm.

## Hochspannung im Elysee.

Der „Frühling“ zufolge berichtet die „Avenue“ aus Paris, daß die Spannung zwischen den Ministern und Poincaré im Wachen begriffen ist. Poincaré blieb den letzten Ministerien fern, obgleich er im Elysee stattfand. Diese Meinungsverschiedenheit ist nach dem Angriff auf Poincaré in den Geheimnissen über die Apriloffensive entstanden. Poincaré fühlte sich persönlich schwer verletzt, weil Kriegsminister Painlevé beschloß, den General Raoulle durch eine Untersuchungskommission abzurufen zu lassen. — Ferner berichtet „Newcastle“ die „Spott“, daß man mit einem großen parlamentarischen Zwischenfall in der französischen Kammer rechnen müsse, den der Abgeordnete Renaudel dadurch herbeiführen will, daß er die Forderung stellen wird, den Bericht des Abgeordneten Thompon über die Einträge auf Aenderung der Verfassung über die Tagesordnung zu legen.

## „Die Höfen U-Boote!“

London, 17. Juli. (Kauter.) Marineinspektoren Carlson und Admiral Jellicoe haben einen Dringenden Aufruf an den Verband der Eisen- und Stahlgewerkschaften gerichtet, in welchem sie darauf bringen, daß alles gefasche, um Handelsschiffe und U-Boote gegen die Unerbittliche hinauszuwringen und so die sichere Niederlage des Reiches zu beschleunigen, der jetzt alles auf den Untergrundbootkrieg als seine einzige Hoffnung lege. — So steht es denn aber doch nicht! Unter Heidenheer und unsere Flieger sind auch noch da!